

iFijáte!

Nachrichten +

Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 507

Mittwoch, 04. April 2012

19. Jahrgang

Protestmarsch der BäuerInnenbewegung: „Mutter Erde ... man erkämpft sie zurück und verteidigt sie.“

Am Montag dem 19. März begann ein friedlicher Protestmarsch, der mehr als tausend Indigene und BäuerInnen aus verschiedenen Punkten des Landes vereinte und bis zum 27. März auf mehr als 8.000 Menschen anwuchs und in der Hauptstadt endete. Beweggrund des 214 km langen Marsches ist die Notwendigkeit für die Agrarkonflikte eine Lösung zu finden, wie z.B. durch das Gesetz der Integralen Ländlichen Entwicklung oder auch den Respekt der Volksabstimmungen, die gegen Bergbau, Erdölprojekte oder Monokulturen stimmten.

Konkreter Auslöser für den Umzug waren die gewaltsamen Räumungen im Polochic-Tal, Department Alta Verapaz, die vor einem Jahr stattfanden und hunderte von Familien zu Gunsten der Firma Chabil Utzaj verjagten, ihre Ernten zerstörten und Menschen verletzten. Seit einem Jahr stehen weiterhin hunderte von Familien vor der Unsicherheit geräumt zu werden. Sie leben unter ständiger physischer und psychischer Bedrohung oder haben kein Zuhause mehr. Sie sind krank und unterernährt, da weiterhin Ernten niedergewalzt werden.

Das Komitee der Bäuerlichen Einheit (CUC) und das Kollektiv der indigenen, populären und bäuerlichen Vereinigungen sind die Organisatoren des Protestmarsches. Unterstützt werden sie ausserdem von vielen anderen Organisationen und Gemeinden. Das gemeinsame Ziel ist es, ihren Stimmen im Machtzentrum, in der Hauptstadt, Gehör zu verschaffen und ihre Forderungen durchzusetzen:

- *Landproblematik als Politikschwerpunkt:* Die fortschreitende (Re-)Konzentrierung der Landgebiete führt dazu, dass den vielen Bauernfamilien keine Möglichkeiten zum ausreichenden Eigenanbau gelassen werden und dementsprechend Hunger und Unterernährung kein Ende finden. Einige wenige Familien besitzen weiterhin riesige Landstücke und Millionen von Familien besitzen gar nichts. An Familien und Gemeinden müsse staatliches Land vergeben werden. Im Konkreten müssen vor allem die Landkonflikte im Department Alta Verapaz (Valle del Polochic, Cobán, Chisec und Carchá), im Norden der Departments El Quiché und Zacapa, in Santa María Xalapán, Department Jalapa, im Department Petén, in Sierra de Santa Cruz, Department Izabal und überall dort, wo ebenfalls Räumungen geplant sind, gelöst werden.
- *Erlass der Agrarschulden,* die durch Anleihen des Fondo de Tierras entstanden sind.
- *Ende der Räumungen, Verfolgungen und Kriminalisierungen* der GemeindeführerInnen und BäuerInnen sowie der physischen und psychischen Bedrohungen und Ermordungen.
- *Rücknahme der Lizenzen für Bergabbau, Erdölabbau, Wasserkraftwerke und landwirtschaftliche Monokulturen:* Zehntausende von Menschen aus hunderten Gemeinden sowie internationale Organisationen sprachen sich für ein Ende der Megaprojekte aus. Die Ergebnisse der Volksbefragungen müssen respektiert, die Lizenzen in Huehuetenango, San Marcos, El Quiché, Alta Verapaz, Izabal, Chiquimula, Zacapa und Guatemala, einschliesslich San Juan Sacatepéquez, San Pedro Ayampuc und San José del Golfo, zurückgenommen werden. Das Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Indigenen Völker und die Artikel 67 und 68 der Verfassung der Republik müssen geachtet werden.

Inhaltsverzeichnis:

Protestmarsch der BäuerInnenbewegung:
„Mutter Erde ... man erkämpft sie zurück
und verteidigt sie.“ – S. 1

Exdirektorin der PNC in
Untersuchungshaft – S. 3

Wer macht was in der Deutsch-
Guatemalteckischen
Auslandshandelskammer? – S. 5

- *Verabschiedung des Gesetzes der Integralen ländlichen Entwicklung*: Seit zwei Jahren läuft ein Prozess, der diesen Gesetzentwurf hervorbrachte. Unter der letzten Regierung ist dieser jedoch im Kongress verschleppt und nicht weiter verfolgt worden. Ein neue Agrarpolitik ist notwendig – eine, die den Landbesitz möglich machen soll, ohne am normalem Marktmechanismus zu scheitern; die die Abstimmung über Agrarcodes und Agrargerichte sowie die Erschaffung eines Ombudsmanns für Agrar- und Landfragen erlauben soll, um die Kriminalisierung der Forderungen der Indigenen und BäuerInnen zu beenden.
- *Verabschiedung des Gesetzes der Gemeinderadios*: Nach diesem Gesetzentwurf sollen die Radios Kollektiveigentum der Gemeinde sein und unabhängig von religiösen oder politischen Verbindungen arbeiten.
- Weitere Gesetze, die im Kongress auf ihre Verabschiedung warten und die in die Forderungen des Protests eingehen, sind: das Gesetz über Geheiligte Orte der Indigenen Völker (2008), der Allgemeine Vorschlag der Indigenen Völker Guatemalas und der Vorschlag über Volksabstimmung der Indigenen Völker (2009) und das Gesetz über Indigene Bräuche (2011).

Mit diesen Forderungen begann am 19. März der Protestmarsch in Cobán, Alta Verapaz, der in seinem Verlauf tausende von Indigenen, BäuerInnen, UmweltschützerInnen, KünstlerInnen, StudentInnen, FrauenrechtlerInnen, GewerkschaftlerInnen und viele andere vereinte, um für Mutter Erde und die Menschenrechte einzutreten – nach dem Motto: „Mutter Erde kann man weder kaufen noch verkaufen... man erkämpft sie zurück und verteidigt sie.“

Am zweiten Tag wurden 30 km in Richtung Hauptstadt zurückgelegt. Beteiligt waren Menschen, die aus Alta Verapaz kamen (Valle del Polochic, Cahabón, Cobán, Tactic), Maya-Mam-Gemeinden aus Huehuetenango, Gemeinden aus dem Norden Quichés, von der Südküste und der Küste von Quetzaltenango sowie aus der Gemeinde Santa María Xalapán, Jalapa.

Am dritten Tag kamen weitere 32 km Marsch bis zur Gemeinde Las Limas in Baja Verapaz hinzu. Der Glaube daran, dass die Regierung ihre Forderungen erfüllen wird und Lösungen suchen, motivierte die vielen Menschen, sich um sechs Uhr morgens auf den Weg zu machen.

Tag vier brachte sie 30 km weiter zur Gemeinde Marajuma in Morazán, El Progreso. Auf dem Weg schlossen sich mehr und mehr Menschen und Gemeinden dem Protestmarsch an.

Auch die Nationale Vereinigung der guatemalteckischen Frauen (UNAMG) schloss sich der Demonstration an. Neben den schon genannten Forderungen brachten sie die Remilitarisierung zur Sprache, die auf lokaler und nationaler Ebene zu spüren sei. Die dabei verwendeten Praktiken des Militärs und die Gewalt, denen die Gemeinden ausgesetzt sind, erinnern an den bewaffneten Konflikt. Ebenso klagt die UNAMG die Gewalt gegen und die sexuelle Vergewaltigung von Frauen an, die sich heutzutage während der Räumungen abspielen und von denen niemand spricht oder sprechend darf. Des Weiteren wird kritisiert, dass soziale Forderungen von der aktuellen autoritären Regierung kriminalisiert werden. Daraus ziehen die privaten nationalen und transnationalen Unternehmen einen immensen Profit.

Am 23. März legte der Protestmarsch 20km zurück und kam nach Guastatoya im Departement El Progreso. Die 800 Familien, die in Polochic geräumt wurden, Gemeinden aus der Cierras Las Minas und Chortis schlossen sich der Demonstration an.

Am sechsten Tag der friedlichen Protestbewegung traf sich CUC-Mitglied Daniel Pascual mit dem Präsidenten und überbrachte die Forderungen. Dieser antwortete, dass er die Menschen in der Hauptstadt empfangen und den Forderungen nachkommen werde, so wie es sich gehöre. Die Protestierenden gaben zur Kenntnis, dass die Gemeinden auch weiterhin demonstrieren werden, solange die Landproblematik nicht gelöst sei.

Richtung Tagesziel Sanarate, Department El Progreso, schlossen sich Gemeinden aus Sololá und der Costa Sur an.

Am Montag dem 26. März ging es weiter von Agua Caliente de San Antonio La Paz, El Progreso bis zum Kilometer 9 von Guatemala – der achte und vorletzte Tag um die 214 km weit entfernte Hauptstadt zu erreichen.

Per Pressemitteilung schlossen sich nun auch die 12 Gemeinden von San Juan Sacatepéquez, die gegen „ihre Zementfabrik“ kämpfen, der Protestbewegung an. Die Gemeindemitglieder von San Juan gehören auch zu denjenigen, die sich in letzter Zeit oft den Vorwurf des Terrorismus und der Destabilisierung des Landes anhören mussten, ob nun im Radio, im Fernsehen oder in der Presse. (Wer Interesse hat, der suche im Internet doch mal nach den Stichwörtern San Juan Sacatepéquez und Humberto Pretti, Silvia Gereda, Pedro Trujillo oder Luis Velasquez.)

Ebenso schlossen sich an diesem Tag GewerkschaftlerInnen, Frauenrechtsgruppen, StudentInnen, BäuerInnenvereinigungen und weitere Organisationen der Protestbewegung an. „Es geht um die Solidarität mit der BäuerInnenbewegung“, so Sandra Moran vom Sector de Mujeres. Das CUC sprach von etwa 10.000 Menschen aus, die am Dienstag in der Hauptstadt eintreffen werden.

Am Dienstag dem 27. März kamen die Menschen nun endlich an ihrem Ziel an und versammelten sich am Nationalpalast, wo sie ein Treffen mit Präsident Otto Pérez Molina, dem Verantwortlichen für die Integrale Ländliche Entwicklung, Adrián Zapata, dem für Agrarprobleme zuständigen Staatssekretär, Elmer López, und mit Miguel Ángel Balcárcel, Verhandlungsbeauftragter der Präsidentschaft, erwarten. Keine lang anhaltenden Gespräche seien jedoch von Seiten der Protestierenden gewünscht, sondern Lösungen, denn „die Forderungen sind ja nicht neu“, so Daniel Pascual.

28. März – die Ergebnisse von 214 km Protestmarsch:

- Die Regierung versprach das Problem der Agrarschulden anhand von Subventionen in Angriff zu nehmen. Da es allerdings Privatschulden mit der Weltbank sind, kann die Regierung sie nicht erlassen. Diese belaufen sich auf rund 300 Millionen Quetzales und betreffen mehr als 100 Gemeinden im ganzen Land.
- Ebenso sollen die vorbeugenden Massnahmen, die der interamerikanische Gerichtshof der Menschenrechte im Fall der Räumungen der 14 Gemeinden im März 2011 im Polochic-Tal anordnete, ausgeführt werden. Eine Finca der Region soll den gewalttätig geräumten Familien überlassen werden
- Ein weiterer Kompromiss der Regierung ist es, die Gesetzesinitiative über die Fristen der Lizenzvergabe bei Bergabbau- und Wasserkraftwerkprojekten voranzubringen.
- Es wurde auf die konkreten Forderungen, die sozialen und ländlichen Konflikte in Santa María Xalapan, Jalapa, und in der Sierra Chinajá zu lösen, eingegangen, sowie die Agrarproblematik der Gemeinde Los Regadíos in Nordquiché und weitere Konflikte in Alta Verapaz.
- Die in Santa María Xalapan, in San Juan Sacatepéquez und in der Gemeinde Los Olivos, Alta Verapaz, stationierten Militäreinheiten sollen zurückgerufen werden.

Weiterhin verpflichtete sich der Präsident bis zum 17. April die restlichen Forderungen zu überprüfen und Antwort zu geben. Um dem nachzukommen wurde ein weiteres Treffen zwischen Regierung und RepräsentantInnen der Gemeinden und Organisationen festgelegt.

(CEG, www.marchaindigenacampesinaypopular.wordpress.com, verschiedene Pressemitteilungen)

Exdirektorin der PNC in Untersuchungshaft

Guatemala, 27. März. Marlene Raquel Blanco Lapola, Exdirektorin der Nationalen Zivilpolizei (PNC) und Exvizeministerin unter Álvaro Colom, wurde am Freitag dem 23. März zusammen mit drei weiteren Expolizisten – Edwin Natanael Chipix Notz, damaliger Kommissar, und die Exbeamten Israel Chávez Chávez und Lino Efrén García Castillo – festgenommen. Grund der Verhaftung ist eine Anzeige wegen Mitgliedschaft in einer Parallelstruktur, die dem Zweck der aussergerichtlichen Hinrichtungen diene.

Die Ermittlungen werden von der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG), der Staatsanwaltschaft (MP) und der PNC geführt und machen die Verhafteten für die Ermordung von drei Personen im Jahr 2009 verantwortlich. Unklar ist, ob es noch weitere Opfer gibt. Die CICIG unterstützt in diesem Fall die Ermittlungen, da Beweise existieren, die belegen, dass die Struktur parallel zum Staat funktioniere und „der Staat aber die Pflicht hat, alle seine BürgerInnen zu schützen, egal wen“, so Francisco Dall’Anese, der Leiter der CICIG. Laut CICIG existieren 190 Beweise gegen Marlene Raquel Blanco Lapola und die weiteren drei Ex-PNC-Beamten. Darunter befinden sich Zeugenaussagen, verschiedene Dokumente, Emails und Erklärungen für vermutliche Beweise.

Richter Miguel Ángel Gálvez entschied am 26. März, alle vier Personen in Untersuchungshaft zu übergeben und zu prozessieren. Blanco Lapola wurde in das Frauengefängnis Santa Teresa in der Zone 18 der Hauptstadt eingewiesen, wo sie von weiteren Inhaftierten isoliert wird. Die Anklage für Blanco Lapola lautet illegale Vereinigung und aussergerichtliche Hinrichtung von drei Personen. Die drei Exbeamten werden der illegalen Vereinigung und der aussergerichtlichen Hinrichtung von einer Person belangt. Gegen Chipix Notz liegt ausserdem noch ein Anklagepunkt wegen Missbrauch von Beamtenautorität vor. Der Einspruch der Verteidigung Blanco Lapolas wegen Immunität, die die Beamtin zum Zeitpunkt der Geschehnisse besass, wurde zurück gewiesen.

Laut Ermittlungen der CICIG war es Blanco Lapola, die Informationen weitergab und die logistischen Mittel für die Operationen bereit stellte. Der ehemalige Kommissar hatte Zugang zu Geheiminformationen, die er an die Chefs der operativen Gruppen übermittelte. Ziel war es, direkte Operationen gegen VerbrecherInnen auszuführen, so Claudia Paz y Paz, Generalstaatsanwältin.

Dabei wurden im Jahr 2009 Rosa del Carmen Coyoy Ixcot, Lauro Oswaldo Andrino und Johny Estuardo Sac Rojas getötet. Diese sollen Mitglieder von Banden gewesen sein, die Busse des öffentlichen Transportwesens erpressten. Sie waren erst entführt worden und wurden dann festgehalten, um Informationen preiszugeben. Dabei wurden sie gefoltert und später hingerichtet. In diesem Moment war Blanco Lapola Vizesicherheitsministerin.

Im Zusammenhang damit existiert bereits ein Gerichtsbeschluss vom Juni 2011 gegen die Exbeamten Juan Carlos Rojas Salguero und Mártir García Hernández. In diesem Fall ging es um das Verschwinden von Juan de Jesús García López. Rojas habe seinerseits mit den Behörden zusammengearbeitet und Blanco Lapola als Verantwortliche für die aussergerichtlichen Hinrichtungen genannt. Laut seinen Aussagen seien die Verbrechen auf ihre Anordnung hin von ihren privaten Sicherheitsdiensten ausgeführt worden.

Die Generalstaatsanwältin gab an, dass die Ermittlungen seit zwei Jahren laufen, seitdem im März 2010 eine Parallelstruktur innerhalb der PNC angezeigt wurde. Es gäbe zwei Gruppen, die mit Auftragsmördern in Verbindung und unter dem Befehl Blanco Lapolas gestanden haben sollen. Angeblich entstanden die Strukturen in den Jahren 2008 und 2009, um gegen die Morde von Busfahrern vorzugehen.

Blanco Lapola führt ihre Verhaftung auf politische Verfolgung zurück. Seit zwei Jahren läuft dieser Prozess und die MP habe sie nie vorgeladen. Vielmehr habe sie sich freiwillig gestellt. Ihrer Meinung nach ist das Ganze der Teil eines Plans, da einige Personen sie nie als Regierungsvizeministerin haben wollten. Sie versuchten daher nun, sie zu verleumden. Sie sei damals von ihrem Posten zurückgetreten, um die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen nicht zu behindern und die Situation zu klären. (CEG, CICIG Pressemitteilung 021)

Wer macht was in der Deutsch-Guatemaltekischen Auslandshandelskammer?

Wenn man sich über das informieren möchte, was der deutsche Staat in Guatemala macht, wäre ein erster Schritt, die Internetseite der deutschen Botschaft in Guatemala zu besuchen. Von dort aus kommt man über den Link <http://guatemala.ahk.de/> zur Deutsch-Guatemaltekischen Auslandshandelskammer (AKH). In deren Vorstand sitzen neben Vertretern (keine Frauen vorhanden) der guatemaltekischen Niederlassungen von BASF und Bayer auch der Vizepräsident von Cementos Progreso (siehe z.B. ¡Fijáte! 505) und der bekannte Kolumnist und Fernsehmoderator Alfred Kaltschmitt. In der AHK gibt es ausserdem einen Ausschuss für alternative Energien, in dem Cementos Progreso, Prefabricados de Oriente (die Wohnungsbauprojekte, zum Teil mit ONGs, durchführen), Soluciones Energéticas, S.A., Siemens Electrotécnica und auch Kaltschmitt Mitglied sind.

*Die Redaktion verfolgt das Vorhaben in weiteren Artikel zu recherchieren, was die AKH und ihre Mitglieder in Guatemala bewirken, im Guten wie im weniger Guten. Hinweise und Informationen von unseren LeserInnen sind willkommen. Beginnen werden wir mit **Alfred Kaltschmitt**. Dieser hat eine durchaus schillernde Geschichte, die unter anderem zeigt, wie evangelikaler Glauben an das Gute instrumentalisiert wird, um während des Bürgerkrieges widerständige Dörfer durch Modelldörfer zu disziplinieren.*

Alfred Kaltschmitt: Gutmensch oder Komplize des Bösen?

Biographisches

Alfred Kaltschmitt entstammt einer deutschstämmigen Familie. Er wurde 1944 in Costa Rica geboren, lebte in Panama, in Heidelberg, in den USA und in Guatemala. Er studierte Werbung und Verkauf an der privaten Universität Landívar, Journalismus an der Universität San Carlos und besitzt einen Master in Kommunikationswissenschaften.

In den letzten 15 Jahren hat er als Kolumnist insgesamt 1.700 Artikel geschrieben, früher vor allem in der Zeitung siglo21. Seit einigen Jahren hat er eine feste Kolumne in Prensa Libre unter dem Titel „Aus meinen Notizen“. Ihm gehört das Radio Infinita und er moderiert seit sechs Jahren im TV-Sender Canal Antigua eine Politik-Talkshow namens „Dieses oder jenes“. Seine Religionszugehörigkeit (El Verbo) verweist auf seine Rolle in den 1970er und 1980er Jahren.

Entwicklungshelfer?

Kaltschmitt sagt über sich selbst, er habe seinem Land gedient, indem er sich in verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen engagiert habe. Das stimmt. Er gründete als Mitglied der evangelikalischen Sekte El

Verbo (der auch Ríos Montt angehört) die US-Entwicklungshilfeorganisation Fundación Agros. Sie kauft von dem Geld ihrer amerikanischen Spender Land und baut für Gemeinden in abgelegenen Gebieten Modelldörfer, ein so genanntes Agros-Dorf. Soweit so gut. Kritisch ist jedoch, dass diese Idee – mit Zustimmung von Kaltschmitt oder nicht – in die Aufstandsbekämpfungsstrategie der Armee aufgenommen wurde. Zum einen bedeutet das, dass es eine enge Zusammenarbeit mit der Armee gab, dass zweitens damit nicht unerheblicher Zwang auf die AnwohnerInnen ausgeübt wurde (um es vorsichtig auszudrücken) und drittens, dass damit der Widerstand der Guerilla und Indigenen Völker in den 1980er Jahren, vor allem im Ixil-Gebiet, gebrochen werden sollte. Der Zusammenhang wird auch deutlich, wenn man bedenkt, dass Agros 1982 gegründet wurde. Man kann Kaltschmitt vielleicht nicht die gute Absicht absprechen, den Menschen helfen zu wollen. Ziel seines Vorhabens war es jedoch, die Bevölkerung von sozialreformerischen oder gar revolutionären Ideen abzubringen und statt dessen in eine Exportorientierte und (land)wirtschaftliche Entwicklung zu betreiben (so der Vorwurf von *Pueblos de Resistencia*).

Kaltschmitt stellt es so da: Nachdem Ríos Montt ihn und andere zur Kirche El Verbo bekehrt habe, habe dieser sich ihm gegenüber besorgt darüber gezeigt, dass tausende GuatemalteKInnen in die Berge hätten fliehen müssen. Der Journalist, der zu jener Zeit bereits Entwicklungsprojekte für Flüchtlinge betreut hatte, erinnert sich heute, dass Montt wenige Tage nach seinem Putsch alle VertreterInnen von NROs, die in den Konfliktgebieten arbeiteten, gemeinsam mit den Militärkommandanten herbei zitiert habe. Er habe ihnen gesagt, dass seine Regierung mit den Grausamkeiten aufhören wolle. Weiterhin habe er die Kommandanten gefragt, warum ihre Unteroffiziere solche Missetaten begingen und er habe den NROs gesagt, sie sollten über alle Probleme berichten. Die Sprache, mit der offenbar in diesem Kreis geredet wurde, war religiös überhöht. So wurde von der Liebe zu den Subversiven gesprochen, die amnestiert werden müssten, sofern sie ihre Waffen abgäben. Tausende hätten das gemacht und dem Aufstand die Kraft genommen, glaubt Kaltschmitt ernsthaft. Nicht die Massaker, sondern die Entwicklungsprojekte und Amnestien hätten die Guerilla geschwächt. Und all das stünde auch im Plan Sofia 1982.

Erfinder der Modelldörfer?

In seiner Kolumne vom 31. Januar 2012 schreibt Kaltschmitt, dass „wir während der Periode von Ríos Montt in NROs engagiert waren und nachdrücklich erklären können, dass SEINE (Ríos Montt's) Politik aus Amnestie, Hilfe und Wiederansiedlung bestand.“ Diese Haltung – schreibt der Soziologe Alex Flores – sei insofern neu, da hier die Teilnahme und Unterstützung durch Zivilisten wie Kaltschmitt in die Strategie der Ausrottung, Wiederansiedlung und Kontrolle der Bevölkerung mittels der Entwicklungspole uminterpretiert werde.

Was die CEH zu Modelldörfern schreibt

Im Kapitel 2.2 des Berichts der Wahrheitskommission heisst es:

*„Uns haben sie wirklich herabgewürdigt. Sie haben uns gemassregelt, wie man das mit kleinen Kindern macht. Auch jetzt behandeln sie uns geringschätzig, wir haben keine Würde: Hier sehen sie wirklich auf die Indígenas, auf alle Ar-
men herunter. Wir sind für sie auf einer niedrigeren Stufe, in ihren Augen sind wir Sünder. Sie verachten uns, das tun sie uns jetzt an.“* Kollektive Zeugenaussage, Acamal, Alta Verapaz, 1986.

„Als Teil ihrer Politik, Bevölkerung und Territorium zu kontrollieren, entwickelte die Armee Projekte zur Militarisierung der ländlichen Gemeinden. Mittels dieser Massnahmen, die nahezu eine halbe Million Maya-Indígenas betrafen, wurde eine erbitterte soziale Kontrolle ausgeübt. Die Projekte schlossen die so genannten strategischen Dörfer (*aldeas estratégicas*), die Modelldörfer (*aldeas modelo*) und die so genannten Entwicklungspole (*polos de desarrollo*) ein. In den Modelldörfern lebten zwischen 50.000 und 60.000 Personen. In diesen Dörfern erprobte die Armee in der Zeit von 1982-1986 ihr eigenes Modell der sozialen Reorganisation, um über die Bevölkerung, die als soziale Basis der Guerilla galt, totale Kontrolle auszuüben.“

Die Entwicklungspole wurden also als ein Mittel errichtet, um nach den (und auch schon während der) Schrecken der Politik der verbrannten Erde „ein menschlicheres Gesicht des Militärs“ zu zeigen.

Kaltschmitt sah und sieht sich und Ríos Montt als dieses menschliche Gesicht. Er labt sich an den Unterredungen, die er mit ihm hatte und übersieht die Fakten. Verkennt er auch seine Mitschuld als Helfer des Militärs in dieser Zeit?

Provokante Fragen des Alejandro Flores

Alejandro Flores zitiert einige akademische Studien (unter anderem: *Rebellische Erinnerungen gegen das Vergessen* von Rosalinda Hernández Alarcón aus dem Jahr 2008), die andeuten, dass der *Nationale Plan für Sicherheit und Entwicklung*, in dem auch die Modelldörfer genannt werden, von UnterstützerInnen der Diktatur und fundamentalistischen Kirchen finanziert wurde und dass dieser Plan im so genannten Ixil-Dreieck von den Verbo-Mitgliedern Harris Whitbeck und Alfred Kaltschmitt in Gang gesetzt worden sei, die über Agros die ausländischen Millionen verwaltet hätten.

Ähnlich wie bei den Konzentrationslagern der Nazis und den ZwangsarbeiterInnen, so Flores, hätten auch in Guatemala Zivilisten (hier die Mitarbeiter der NRO Agros) aus der Errichtung der Modelldörfer eigene

wirtschaftliche Vorteile gezogen, etwa indem sie die BewohnerInnen als Arbeitskräfte auf den Fincas der Costa Sur nutzten. Damit stellt Flores die provokante Frage, ob die entwicklungspolitische Arbeit des Alfred Kaltschmitt im Ixil-Dreieck auf Altruismus basiere oder eigenem opportunistischen Interessen? War er gar so etwas wie ein Kriegsgewinnler?

Versuch einer Einschätzung der Person Kaltschmitt

Alfred Kaltschmitt scheint ein typischer Vertreter der guatemaltekischen Elite zu sein. Er sieht sich als ein Gutmensch, der seinem Land in schwieriger Zeit gedient hat. Er hat persönlich niemanden getötet, er hat sich subjektiv und teilweise sicher auch objektiv für Menschen eingesetzt. Aber er tut dies mit einer paternalistischen und wirtschaftsliberalen Haltung. Und er will bekehren: ich helfe dir, sofern du dir helfen lässt. Demokratische Rechte sind nur dann gut, wenn sie den Status Quo nicht antasten. Daher tritt er zwar für den verfolgten Menschenrechtsanwalt und Verleger Raul Figueroa Sartí ein (siehe ¡Fijáte! 343), aber beleidigt zugleich jene Opfer, die er für subversiv hält und spricht ihnen – z.B. gegenüber der Washington Post – das Recht auf Entschädigung ab: „Nach einer solch langen Zeit auf die Entschädigung von Opfern des bewaffneten Konfliktes zu bestehen, ist ein Fehler, der ein tiefes und unersättliches Loch aufreißt, aus dem alle möglichen Kläger und eine ganze Parade von ‚Zeugen‘ und ‚Opfern‘ mit Horrorgeschichten gegen Militärführer dieser Zeit hervortreten.“

Kaltschmitt ist eine vielschichtige Persönlichkeit, die durch seine Kolumne und seine Fernsehsendung eine grosse Macht besitzt. Bürgerrechte und alternative Energieträger sind durchaus Dinge, die er problemlos vertreten kann, etwa im Vorstand der deutsch-guatemaltekischen Handelskammer. Wenn nur die Vergangenheit nicht wäre.

Die Quellen:

Alejandro Flores über die Banalität des Bösen in Plaza Publica (<http://plazapublica.com.gt/content/font-contra-kaltschmitt-o-la-banalizacion-del-mal>),

Marta Sandoval und Mirja Valdés „Der General, der nicht streiten will“ (EIPeriodico, 18. März 2012)

Anne-Marie O'Connor über Entschädigungen und Entschuldigungen für Guatemalas' Bürgerkriegsopfer in der Washington Post vom 6. Mai 2009

Boletincito von Resistencia de los Pueblos über Fundacion Agros (Dezember 2007), <http://www.resistenciadlp.webcindario.com/pdf/B06.pdf>

Alfred Kaltschmitt, „Gerechtigkeit oder Rache für Rios Montt?, in: _Prensa Libre 31.01.2012, http://prensalibre.com/opinion/Rios-Montt-justicia-venganza_0_637736250.html

www.agros.org (homepage von Agros International)

<http://www.www.canalantigua.com/programas/este-o-este/> (Homepage von Canal Antigua)

Bericht der Wahrheitskommisison „Nunca Más“ deutsche Fassung, Kap. 2.2

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Verein ¡Fijáte!, 2502 Biel, Konto-Nr. PC: 30-516068-6